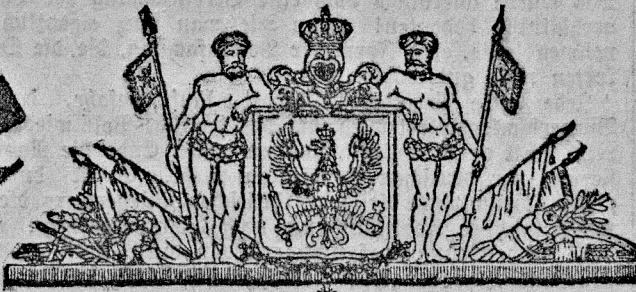


Vossische



Zeitung

4 Mark

Im Ausland: 6 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 65 Mark; unter Streifband 120 Mark im Inland, 150 Mark nach dem Ausland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streiks kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Zeile 18 Mark. Familienanzeigen 8 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): I. V. Dr. W. H. Edwards-Bln. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3600 — 3663; für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686 — 3693. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postscheckkonto Berlin 660.

Block der Unordnung.

Von
Georg Bernhard.

Man muß wieder einmal die Parteien gegen ihre Reichstagsfraktionen mobil machen. Die Partei ist organisierte Masse; bleibt, trotz der Organisation, Masse, lebendig und instinktvoll. Die Fraktion ist die Organisation der Funktionäre, die Gefahr laufen, ihre Funktion als Selbstzweck und den engeren oder weiteren Kreis ihrer Wirksamkeit als Mittelpunkt des Parteiwesens zu betrachten. Zwischen den Fraktionen im Reichstag, vor allem zwischen deren Vorständen, werden augenblicklich Anknüpfungen erwogen, die von großer Wirkung auf die Zukunft der betroffenen Parteien und damit von großer Wirkung auf das Schicksal des deutschen Volkes sein können. Die Verhandlungen werden zum Teil mit Rücksicht auf künftige Reichstagsauflösungen und Wahlschlachten getroffen. Sie bedeuten mithin Diagnosen des jetzigen und Prognosen eines zukünftigen Zustandes der Parteiseelen. Aber es fragt sich, ob es sich dabei nicht um Uebungen an Phantomen handelt, die nur schlechten Ersatz für den wirklichen lebendigen Organismus des Volkes und seiner Parteiströmungen darstellen.

Je länger der Parlamentarier in den Wandelgängen und Arbeitsräumen des Parlaments heimisch ist, desto enger zusammengeschrumpft ist die Begriffswelt, in der er lebt. Für ihn löst sich das große politische Weltgeschehen allmählich in Einzelvorgänge auf, deren Träger er selbst wird. Abstimmung, Mehrheit, Minderheitsvotum, Kabinettsbildung werden zu wichtigsten Dingen seines Lebens. Und allmählich fängt er an, zu glauben, daß sich darin die Politik erschöpfe. Er vergißt aber ganz, daß diese Politik nur eine ganz winzige Phase der Geschichte ist, und daß die großen Elementarmächte der Geschichte neben den Parlamenten und ihren Handlungen und Verhandlungen einherlaufen. Ja, daß sie sich gegen die Parlamente wenden können, wenn nicht tüchtig vorausschauende parlamentarische Führer sie einfangen und meistern.

Schäht der deutsche Reichstag augenblicklich diese Mächte in ihrer Gewalt und ihrer Richtung zutreffend ein? Man möchte beinahe diese Frage verneinen, wenn man die Ereignisse der letzten Tage betrachtet. Als die Ermordung Rathenaus bekannt wurde, da schien es allerdings für kurze Zeit, als ob so etwas wie ein Ahnen von großer Historie durch die Säle des Parlaments zitterte. Man war versucht, die Stimmung, die sich in jenen Tagen geltend machte, mit den Worten zu kennzeichnen, die Richard Wagner einst zur Charakterisierung der wichtigen Eingangsstärke von Beethovens fünfter Symphonie prägte: „Das Schicksal klopft an die Pforte!“ Aber seitdem ist diese Stimmung schon wieder verfloren. Das Scherzo unterhält die Zuhörer, und sie vergessen, daß solch musikalisches Puzzle-Spiel nur die Erholung des Geistes zwischen zwei Taten zu sein pflegt. Und daß es oft den Uebergang zum tragischen Schlußsatz bildet, in dem das Schicksal des Helden sich vollendet.

Man kann im Zweifel sein, ob der Zusammenbruch vom 9. November 1918, der sich in so turbulenten Formen abspielte, eine Revolution war. Aber es ist kein Zweifel daran erlaubt, daß sich Deutschland in einer Revolution befindet, in einer Revolution, die noch lange nicht beendet ist, sondern deren einzelne Teile wir Zeitgenossen seit beinahe vier Jahren miterlebt haben. Rathenaus Ermordung mit ihrem Drum und Dran ist nichts Selbständiges, sondern eine Teilerseinerung der deutschen Revolution. Ihr augenblickliches Stadium gleicht jenen verhängnisvollen Intervallen, in denen stets das Schicksal der Weltgeschichte in den historischen Revolutionen entschieden wurde. Und zwar lag immer die Entscheidung nicht in den Händen der Revolutionäre, sondern in denen ihrer Gegenpieler und jener Zwischenschichten, die unentschieden hin- und herpendelten zwischen den Vorläufern des neuen werdenden und den Verteidigern des Stürzenden. Die Geschichte der großen Revolutionen lehrt, daß die Elemente der Tiefe immer dadurch entsefelt wurden, daß gegenrevolutionäre Kräfte die Zeitdauer der Revolution falsch eingeschätzt und die Revolution zu früh beendet geglaubt hatten. Man hat heute scheinbar vergessen, daß die französische Revolution bis zum Jahre 1792 fast ganz unblutig verlaufen war, und daß erst das Manifest des Herzogs von Braunschweig die Schreckenszeit heraufbeschwor. Man hat aber ein viel näher liegendes Beispiel in der russischen Revolution, in der erst die Fehler der Kerenski-Regierung die Volksgewalten zur Höhe hoben.

Man soll in der Geschichte keine mechanischen Wiederholungen wittern. Aber gewisse typische Erscheinungen jener historischen Revolutions-Intervalle zeigen sich doch jetzt in Deutschland mit auffallender Ähnlichkeit. Auch in den Kerenski-Tagen haben die Pariser die Volksgewalten unterstützt. Teils durch Zusammenarbeiten, teils durch aufreizendes Entgegenarbeiten. So hat man auch die Gewalttaten seit dem Erzberger-Mord aufzufassen. Es ist das deutliche Bestreben in dieser Latenzkette zu erkennen, die Stimmung zu erregen, der radikalsten Agitation den Boden zu bereiten und dann mit einem Gegen-

Eine zweite Arbeitsgemeinschaft.

Zentrum, Deutsche Volkspartei und Demokraten.

Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen hat nicht zu einer Entspannung der innerpolitischen Situation geführt, sondern zu einer Verschärfung. In der „Vossischen Zeitung“ ist gestern bereits gesagt worden, daß es wesentlich davon abhängt, ob Zentrum und Demokraten diese Arbeitsgemeinschaft einer Verschmelzung der beiden sozialistischen Fraktionen, gegen die an und für sich kein Einwand erhoben werden wäre, gleichwertig erachten werden. Das ist nun nicht der Fall. Zentrum und Demokraten stehen auf dem Standpunkt, daß diese Arbeitsgemeinschaft nur der Versuch sei, die Erweiterung der Koalition nach links, die von ihnen abgelehnt wird, auf einem Umwege doch zu erreichen.

Der Beschluß der beiden sozialistischen Fraktionen hat nun die Wirkung gehabt, daß das Zentrum von sich aus die Initiative zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aller auf dem Boden der Verfassung stehenden nichtsozialistischen Parteien ergriffen hat. Der Vorstand der Zentrumsfraktion hat beschlossen, sich zunächst an die Deutsche Volkspartei mit der Anfrage zu wenden, ob sie mit dem Zentrum und den Demokraten eine Arbeitsgemeinschaft bilden würde. Eine offizielle Anfrage an die Deutsche Volkspartei ist allerdings gestern noch nicht gestellt worden, ist aber nach dem Beschluß des Fraktionsvorstandes des Zentrums für heute zu erwarten.

Man nimmt an, daß auch die Zentrumsfraktion sich damit einverstanden erklärt, und erwartet, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei mit überwiegender Mehrheit ihre Bereitwilligkeit zu einer Arbeitsgemeinschaft erklären wird.

Die gleiche Anfrage wird vermutlich morgen auch an die Demokraten gerichtet werden, und auch bei dieser Fraktion scheint Geneigtheit zu bestehen, sich einer Arbeitsgemeinschaft anzuschließen.

Wie die sozialistischen Fraktionen auf diese „Arbeitsgemeinschaft Nr. 2“ reagieren werden, darüber sind gestern im Reichstage die Meinungen auseinandergelassen. Einige Abgeordnete wollten wissen, daß die Sozialdemokraten nach wie vor unbedingt auf der Erweiterung der Koalition ausschließlich nach links und dem Eintritt der Unabhängigen in die Regierung bestehen. Sollten Zentrum und Demokraten diese Koalitionserweiterung ablehnen, und sollte die Arbeitsgemeinschaft der nichtsozialistischen Parteien sich ein Hindernis für die Einbeziehung der Unabhängigen in die Koalition erweisen, dann würden die Sozialdemokraten daraus die Konsequenz ziehen, aus der Koalition und aus der Regierung auszutreten und dadurch die Auflösung des Reichstages erzwingen.

Man war gestern im Reichstag jedenfalls der Auffassung, daß die Wahrscheinlichkeit von Neuwahlen wieder in dichtester Nähe

schlag auf den Plan zu treten, wenn aus der Erregung unbefonnene Massenfaktionen herauswüchsen. Immer haben sich in solchen verhängnisvollen Augenblicken der Weltgeschichte die Gegenpieler über das Kräfteverhältnis getäuscht, die Feuerbrände, die aus den Tiefen hervorbrachen, haben sich näher und näher lösen lassen und haben nicht nur diejenigen verzehrt, die an diesem Riesenelement ihre politischen Speisekräpfechen wärmen wollten, sondern haben ringsherum verheerend gegündet.

Heute weiß niemand, ob die Ermordung Rathenaus der letzte dunkle Plan ist, der zur Ausführung gelangt. Aber es steht bereits fest, daß die Folgen, die man durch die Ausführung des Planes erzielen wollte, vereitelt sind. Das ist wesentlich das Verdienst des Reichszanzlers Dr. Wirth, der durch sein mutiges Auftreten die Führung der erregten Massen in der Hand behielt. Jedes Schwanken in jenem schicksalsschweren Augenblick hätte zur Folge gehabt, daß die radikalste Agitation über die Arbeitermassen fegte. Das Gegenteil davon ist eingetreten. Die Mehrheitssozialdemokratie hat ihre bereits gefährdete Führung über die gewerkschaftlich und politisch sozialistisch organisierten Arbeiterbataillone zurückgewonnen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat energig einen Strich gegen die Kommunisten gezogen und hat sich bereit erklärt, eine Regierung zu unterstützen, die sie bisher in vielen Punkten bekämpft hat. Es ist richtig, daß der Eintritt unabhängiger Minister ins Kabinett das Ministerium radikalisiert erscheinen ließe. Aber es ist ebenso richtig, daß das eine Entdramatisierung der Gesamtverhältnisse bedeutet. Denn das Schwerkgewicht rückt nach der Mitte. Es kommt eben ganz darauf an, ob man die Dinge vom Fraktionsstandpunkt aus betrachtet, wo sie Unbehagen

gerückt sei. Endgültige Beschlüsse der nichtsozialistischen Fraktionen sind aber vor Montag nicht zu erwarten und vorher infolgedessen auch keine Entscheidung.

Der gestrige Tag hat die Lösung der innerpolitischen Krise nicht gerade gefördert. Der Reichspräsident hat im Laufe des Nachmittags die Führer der Koalitionsparteien nacheinander empfangen, zunächst die Sozialdemokraten, für die die Abgeordneten Müller-Franken und Weis ersuchten, darauf das Zentrum, vertreten durch die Abgeordneten Dr. Marx und Spahn, hernach die Demokraten (Abgeordneter Dr. Peterßen und Dr. Koch) und zum Schluß die Unabhängigen. Die Führer der Parteien unterrichteten den Reichspräsidenten über die Auffassungen ihrer Fraktionen. Der Reichspräsident seinerseits hat gestern noch keine Initiative zur Lösung der Krise ergriffen.

Man nimmt an, daß heute noch interfraktionelle Besprechungen beim Kanzler oder beim Reichspräsidenten stattfinden werden.

München, 15. Juli.

Die für heute angesagte entscheidende Landesauschussung der Bayerischen Volkspartei ist auf kommenden Dienstag verschoben worden. Man erwartet, daß die durch die jüngsten Vorgänge in Berlin, die Bildung der Arbeitsgemeinschaft zwischen den sozialistischen Parteien u. v., komplizierte Lage bis dahin eine Klärung erfahren haben werde und daß die Vorgänge bis dahin sich mehr übersehen lassen.

75 Millionen für den Schutz der Republik.

Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten haben im Reichstag einen Gesetzentwurf beantragt, durch den der Reichminister der Finanzen ermächtigt wird, der Reichsregierung für Maßnahmen zum Schutze der Republik einen Kredit von vorläufig 75 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Wie es heißt, soll dieser Fonds dem Reichskommissar für die öffentliche Ordnung zur Verfügung gestellt werden zur Ueberwachung der Geheimorganisationen. Im Gegensatz zu dem preussischen Kommissar für die öffentliche Ordnung verfügt der Reichskommissar über keine etatsmäßigen Mittel.

Der Gesetzentwurf soll noch vor den Ferien beraten und verabschiedet werden.

Dr. Heinge wird Präsident des Reichsgerichts.

Wie wir erfahren, entspricht die in anderen Blättern verbreitete Nachricht, wonach der frühere Außenminister Dr. Simons zum Reichsgerichtspräsidenten ernannt werden soll, nicht den Tatsachen. Zum Nachfolger des verstorbenen Reichsgerichtspräsidenten Dr. Welck ist vielmehr der bekannte völksparteiliche Reichstagsabgeordnete und frühere Reichsjustizminister Dr. Heinge in Aussicht genommen. Seine Ernennung dürfte in den nächsten Tagen erfolgen.

auslösen müssen, oder vom Standpunkt der Gesamtpolitik. Von diesem letzten Standpunkt aus kann nicht unbemerkt bleiben, welche Bedeutung es für die Gewerkschaften hat, wenn die Mitglieder ihrer beiden sozialistischen Richtungen nicht mehr agitatorisch gegeneinander beeinflusst werden, sondern aus demselben politischen Lager ihre Weisungen empfangen. Das Ganze bedeutet eben eine Zusammenführung wichtiger Volksschichten, die bisher auseinandergelassen waren.

Wenn diese Zusammenführung in der Form einer Verschmelzung der beiden sozialistischen Parteien erfolgt wäre, so würde sie natürlich vollkommener gewesen sein. Eine solche Verschmelzung hätte man in den anderen Fraktionen wohl oder übel hinnehmen und sogar als Gesundungsprozess begrüßen müssen. Die beiden sozialistischen Parteien haben aber geglaubt, daß zu einer völligen Verschmelzung die Zeit noch nicht gekommen sei. Sie sind infolgedessen eine Arbeitsgemeinschaft eingegangen, die von den meisten als eine Prüfungszeit, von den Optimisten als eine Zeit des Verlöbnisses angesehen wird, das der Ehe vorausgeht. Man kann ja eigentlich auch von einer Wiederverheiratung sprechen, denn man sollte doch nicht vergessen, daß bis in den Krieg hinein die beiden Parteien zusammengehörten und sich schließlich aus Meinungsverschiedenheiten über Kriegskredite und Kriegsführung getrennt haben. Es handelt sich also hier um einen organischen Vorgang.

Diesem Parteigesundungsprozess gegenüber fragt man in den Fraktionszimmern der anderen Parteien eine sonderbare Nervosität zur Schau. Man tut so, als ob durch den Eintritt eines unabhängigen Ministers die ganze Welt in Aufruhr käme. Es werden dabei unwillkürlich Erinnerungen an die alte Zeit wach, wo noch die Idee, daß ein Fortschritts-